

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
 Bestellungen können alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
 die Expedition, Hohe Str. 4.  
 A. Debes, Petersstr. 18.  
 F. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis:  
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Rgr per Quartal, per Monat 4 1/2 Rgr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Rgr.  
 Filial-Expeditionen für die fernliegenden Staaten:  
 F. A. Sorge, Box 101  
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

## Programm

### der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

I. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozial-demokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

- 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
- 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klasse ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
- 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozial-demokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter.
- 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klasse. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
- 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozial-demokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
- 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozial-demokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozial-demokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

- 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
- 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
- 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
- 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in den Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
- 8) Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionszeseze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.
- 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
- 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

## Politische Uebersicht.

Aus dem militärischen Intelligenzstaat. Von einer merkwürdigen militärischen Desertion wird aus Berlin berichtet: Der Chef der königlichen Leibgarde ist rebellisch geworden — freilich nur der „geistigen Leibgarde des Hauses Hohenzollern“; mit letzteren Worten bezeichnet nämlich der berühmte Naturforscher Dubois-Reymond vor zwei Jahren in einer höchst seriosen akademischen Festrede die Berliner Universität. Jetzt aber hat der Geheimrath Dubois — wie die „Berliner Montagzeitung“ erzählt — „auf das Bestimmteste erklärt, seine Stellung an der Berliner Universität aufgeben zu wollen, falls nicht endlich Gelder für die durchaus notwendigen physikalischen und physiologischen Instrumente zu seinen Vorlesungen bewilligt würden.“ Wie traurig muß es um die Pflege der Wissenschaft Seitens der preussischen Regierung bestellt sein, wenn eine Bedientenseele wie die des „geistigen Leibgardisten“ Dubois sich empört. Daß ein mili-

tärstaat für Kunst und Wissenschaft keine Gelder übrig haben kann, das bedient der Mann freilich nicht.

In der Provinz Preußen blüht gegenwärtig der von gewissenlosen Agenten, worunter sich sogar Lehrer und Geistliche befinden, betriebene Auswanderungsschwindel. Es werden den armen Leuten goldne Berge in Amerika verheißen und wenn sie hinkommen, finden sie sich um das letzte Hab' und Gut, das sie noch besaßen, geprellt. Statt nun jenen Menschenverläufern, welche es namentlich auf die bäuerliche Bevölkerung abgesehen haben, das Handwerk zu legen, macht der Danziger Landrath bekannt, daß die „kontraktbrüchig Auswandernden (Knechte, Dienstmägde u. s. w.) an ihren Einschiffungsplätzen von den Polizeibehörden festgenommen und zur strengen Bestrafung zurücktransportirt werden sollen.“

Stiebers Körbe waren noch zahlreicher, als wir neuerlich vermutheten. Sogar der ungarische Mitstieber hat sich anders besonnen und ihm schließlich auch einen Absagebrief geschrieben, wie aus nachstehender Notiz des „Vesther Lloyd“ erhellt:

„Der zu der Vorkonferenz als Vertreter der ungarischen Regierung nach Wien entsandte Richter von Fabinyi ist, nachdem er sich aus den Vorbereitungsakten die Uebersetzung verschafft, daß hierbei nicht so sehr die Vorbereitung eines juristischen Gesetzentwurfs, als vielmehr die Feststellung von abwehrenden politisch-administrativen Vorkehrungen ins Auge gefaßt ist, und demnach die Anwesenheit eines gerichtlichen Beamten vollkommen überflüssig erscheint, um seine Enthebung von dieser Entsendung eingetommen.“

Da wäre auch endlich die Frage aus dem Saal: Also nur um „abwehrende politisch-administrative Vorkehrungen“, zu Deutsch: um eine Stieberdiade handelt es sich, was freilich für Jeden, der die herrschenden Verhältnisse und Zustände nicht durch eine gefärbte Brille betrachtet, von Anfang an klar sein mußte. Bei Hrn. Fabinyi müssen wir aber die Keckheit bewundern, mit der er seine Hände in Unschuld zu waschen sucht. Was konnten denn die von ihm ursprünglich erwarteten „juristischen Gesetzentwürfe“, bei denen er helfen wollte, anders sein, als in Gesetzesform gekleidete „abwehrende politisch-administrative Vorkehrungen“, gegen die sich jetzt nachträglich sein Gewissen sträubt? Zu ernstlich auf Lösung der sozialen Frage abzielenden, d. h. zu sozialistischen Maßregeln braucht man doch wahrlich keine „juristischen Gesetzentwürfe“. Die Aussicht auf ein tête à tête mit Stieber wirkte wohl abschreckend.

Desto mehr Glück wird Stieber in Sachsen haben. Die „Dresdener Nachrichten“ melden:

„Aus der sächsischen Regierung ist es, wie wir hören, Seitens des Reichsjustizministeriums anheimgegeben worden, die Konferenzen zu beschiden, welche Preußen und Oesterreich im Laufe dieses Jahres in Berlin abzuhalten gedenken und die sich mit der Erörterung der sozialen Frage, resp. der Wahrung der Rechte der Gesellschaft gegenüber den zerstörenden Tendenzen der Sozialdemokraten beschäftigen wird. Es ist natürlich, daß Sachsen mit seiner hochentwickelten Industrie, welches die Sozialdemokraten für ihre Theorien zu einem Versuchsfelde ersten Ranges ausgesucht haben, an einer Frage das regste Interesse nimmt, welche für die ganze Zukunft Sachsens verhängnisvoll werden kann. Fassen die Regierungen die Frage nicht vom einseitigen Polizeistandpunkte auf, so wird es sich nicht bloß um Verwaltungsmaßregeln gegen die Internationale handeln dürfen, sondern um Revision unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, namentlich die Frage der Gewerbeschränkungslosigkeit, der Freizügigkeit, der Strikes, der Börseausbeutung u. s. w. Da die Entwicklung der Industrie, der Gewerbe, des Handels, der Landwirtschaft u. s. w. in Sachsen vorgeschrittener ist als in allen andern deutschen Ländern (abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie sie sich in den Centren der Industrie in Großstädten und am Rhein findet), so werden die Erfahrungen, welche die sächsische Regierung aus ihrem Lande dieser Konferenz über die Wirkung der modernen sozialen Gesetzgebung und die Thätigkeit, die auf deren Grund die Sozial-Demokratie entfalten konnte, mittheilen kann, der Konferenz von ganz besonderem Werthe sein. Die Wahl der sächsischen Commission dürfte demgemäß wohl auf einen höheren Beamten des Ministeriums fallen. Eventuell würde ihm wohl ein höherer Justizbeamter beigegeben sein, da hierbei auch die staatsbürgerlichen Rechte deutscher Reichsbürger in Frage kommen können.“

„Es wird sich nicht bloß um Verwaltungsmaßregeln gegen die Internationale handeln dürfen“ sagen die „Dresdener Nachrichten“. Dieses „nicht bloß“ schließt jedenfalls das Zugeständniß ein, daß es sich „um Verwaltungsmaßregeln gegen die Internationale handeln“ wird. Es ist klar, daß man ein ähnliches Ausnahmegefesetz, wie jüngst gegen die Jesuiten, jetzt gegen die Sozialdemokraten schaffen will — ein Gesetz, das schon um deswillen ganz überflüssig ist, weil die höheren Orts gewünschte Ausweisung von Sozialdemokraten noch niemals bei den Unterbehörden auf Gewissensstrupel gestoßen ist. — Daß der sächsischen Regierung Seitens des Reichsjustizministers eine ganz spezielle Einladung zu jenem Stieberkongress zugegangen ist, diese Auszeichnung hat jene sich im Laufe der letzten zwei Jahre redlich verdient. Bismarck weiß die Leistungen des sächsischen Generalstaatsanwalts — und dieser ist augenscheinlich unter dem „höheren Justizbeamten“ gemeint — zu schätzen. Hat auch „unser Schwarze wieder einmal eine Dummheit gemacht“ (Worte des Ministers von Friesen zum Reichstagsabgeordneten Birnbaum), so weiß

er doch den begangenen Fehler bald wieder gut zu machen, wie das Ende des Leipziger Hochverrathsprozesses zur Genüge beweist. Herr Schwarze ist ein ganzer Mann, ein „gewiegter Criminalist“, wenn auf der Polizeikonferenz — was die „Dröbn. Nachr.“ wünschen — die Abschaffung des Coalitionsrechts und die Wiedereinführung des Paktzwanges beschlossen wäre, würde er dies post festum „unbegreiflich“ finden, wie jüngst einem Reichstagsabgeordneten gegenüber die Beurtheilung Bebels und Piebkechts, und damit seine compromittirte Ehre für gerettet halten.

Leipzig. In dem Majestätsbeleidigungsproceß gegen Debel ist auf Sonnabend den 6. Juli Vormittags 1/9 Uhr Termin zur Hauptverhandlung anberaumt. Nächsten Montag Mittag tritt Debel die Reise nach Hubertusburg an.

— Unfern Hubertusburger Gefangenen ist vom Ministerium die nachgesuchte Erlaubniß, journalistisch thätig sein zu dürfen, verweigert worden.

Gleichzeitig mit dem größten Strike, den Deutschland bis jetzt gehabt, ist auch in England ein Strike ausgebrochen, von einem Umfang, wie vorher noch keiner in dem „Land der Strikes“. Einen Vergleich der beiden Strikes, die durch ihre relative Ausdehnung und Organisation einen treuen Begriff von der relativen Ausdehnung und Organisation der Arbeiterbewegung beider Länder geben, würde sehr lehrreich sein, ist aber noch nicht an der Zeit. Zunächst nur Einiges über den englischen Strike: den Ausstand und die Aussperrung (lock out)\* der Londoner Bauarbeiter. Dieser Strike ist der neueste und aller Voraussetzung nach letzte und entscheidende Kampf für die Reunionsarbeit und als solcher die Fortsetzung des vorjährigen Newcasler Strike. Am 1. Juni um 12 Stunden den Tag, neun Pence (7 1/2 Groschen) die Stunde ist das Feldgeschrei der Arbeiter; die Arbeit am Sonnabend, wie das in England Regel, soll am Nachmittag aufhören und 3 Stunden länger sein, als an anderen Tagen, so daß also die Forderung auf 51 Stunden die Woche, statt der früheren 57, hinausläuft. Die verlangte Zeitlohnenerhöhung beträgt 1 Penny (1/2 Groschen) die Stunde. Vor vier Wochen wurde die Forderung zuerst formell den Meistern gestellt und von diesen abgelehnt. Die Folge war, daß von den Arbeitern gegen zwei, für besonders arbeiterfeindlich geltende Firmen, die Herren Braß und Jackson und Shaw, welche zusammen an 300 „Hände“ beschäftigen, der Strike erklärt und sofort ins Werk gesetzt wurde. Hierauf hielten die Meister am 7. Juni ein Meeting, welches den Beschluß faßte: 1) die Meister sind bereit, den Streit einem Schiedsgericht zu unterbreiten; 2) wenn der Strike gegen die Herren Braß, und Jackson und Shaw nicht sofort eingestellt wird, schließen sämtliche Meister Londons am Montag, den 17. Juni, ihre Werkstätten und Bauhöfe. Da die Bau- und Zimmermeister Londons über 60,000 Arbeiter beschäftigen, von denen jeder mindestens 3 Personen durchschnittlich zu ernähren hat (die Zahl der Unverheiratheten ist groß), so traf die Drohung ungefähr eine Viertelmillion Menschen. Die Arbeiter thaten sofort die nöthigen Schritte, um erfolgreich Widerstand leisten zu können. Mehrere Versuche, Uneinigkeit unter ihnen zu stiften, mißlangen kläglich. Auf Dienstag den 18. Juni wurde ein Meeting von Arbeiterdelegirten berufen, dessen Beschlüsse für die Arbeiter maßgebend sein sollten.

Der Montag, welchen die Meister als Anfang des Lock out bestimmt hatten, kam und — die Arbeiter wurden nicht ausgeschloffen. Wohl aber erhielt der Centralausschuß der Arbeiter ein Schreiben der Meister, worin diese ankündigten, daß sie auch den folgenden Tag noch arbeiten lassen und das Resultat des Delegirtenmeetings abwarten würden; um eine Verständigung zu erleichtern, würden sie gleichzeitig in der Treemasons Tavern versammelt sein. Das Delegirtenmeeting begann Vormittags 9 Uhr im Brown Bear, Bloomsbury; es waren über 225 Abgeordnete zugegen, die eine vollständige Vertretung der betreffenden Arbeiterbranchen bildeten, und nach längerer Berathung kam es zur Abstimmung über folgende Fragen:

- 1) Sollen die Arbeiter der Herren Braß, und Jackson und Shaw in Erwartung schiedsrichterlicher Entscheidung die Arbeit wieder aufnehmen oder nicht?
- 2) Soll die Frage der Reunionsarbeit und des Reunions-Stundenlohns einem Schiedsgericht unterbreitet werden oder nicht?
- 3) Soll ein gemischtes, zur Hälfte aus Arbeitern, zur Hälfte aus Meistern bestehendes Komitee zur Entwerfung einer Arbeitsordnung gebildet werden oder nicht?

Die erste und die zweite Frage wurde mit großer Mehrheit verworfen, die dritte fast einstimmig angenommen. Das Resultat wurde sofort den versammelten Meistern mitgetheilt, und am Mittwoch Nachmittag — Vormittag wurde noch gearbeitet — die Werkstätten und Bauhöfe zum Theil geschlossen. Nur zum Theil. Ueber die Hälfte der Meister sagte sich noch im letzten Moment von der Coalition los, und die Zahl der Aussperrten beträgt vorläufig nicht viel über 30,000. Natürlich hat dies den Muth der Arbeiter erhöht; jeder der nicht ausgeschloffenen Arbeiter zahlt für die

\* Nicht lock out, Ausschau, Lug' ins Land; lock out heißt wörtlich: Ausschluff.

ausgeschlossenen 3 Schilling (1 Thaler) wöchentlich und bei der trefflichen Organisation der Bauarbeitergewerkschaften und den brüderlichen Gesinnungen der übrigen Gewerkschaften Englands ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Berechnung der Meister, die Arbeiter würden bald „ausgehungen“ werden, sich irrig erweisen wird. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten bis auf Weiteres den vollen Betrag aus der Kasse: 27 Schilling = 9 Thaler die Woche!

Der Beschluß des Delegiertenmeetings in Bezug auf das Schiedsgericht hat in Bourgeoisreisen sehr verschärft, ist aber durchaus korrekt. In Prinzipienfragen kein Schiedsgericht, dagegen Schiedsgericht in allen nebensächlichen Detailfragen (wie ja das Londoner Delegiertenmeeting auch beschlossen hat) — das ist das Richtige. Prinzipienfragen vor ein Schiedsgericht bringen zu wollen, wie Max Hirsch will, heißt bekunden, daß man nicht weiß, was Prinzipienfragen sind.

Zur näheren Beleuchtung des preßbureaulichen Artikels des „Neuen“ — siehe vorige Nummer des „Volksstaat“ — bezüglich der deutschen Vereinsgesetzte sei ergänzend bemerkt, daß das Vereins- und Versammlungsgesetz in folgenden deutschen Staaten nahezu ganz frei ist, sodaß z. B. keine behördliche Erlaubnis notwendig und keine polizeiliche Ueberwachung vorgeschrieben ist: In sämtlichen Thüringischen Staaten mit Ausnahme der reußischen Lande, in Oldenburg, Anhalt, Hessen, Baden und Württemberg. Die reaktionärsten Gesetzte bestehen in Preußen, Sachsen, Baiern, Braunschweig.

Eine der dreifachsten Reklamen, die wir je gefunden, liefert der „Neue“ in seiner Nummer vom 30. Juni. An der Spitze derselben steht eine Aufforderung an die Mitglieder des „Allg. Deutschen Arbeitervereins“, für die Verbreitung des Blattes zu wirken, darin heißt es unter Anderem:

„Wir müssen jeden Augenblick auf schwere politische Verfolgungen gefaßt sein, und da ist unser Vereinsorgan die dauerhafteste Waffe, freilich nur dann, wenn das Abonnement groß genug ist, daß selbst Selbststrafen in Folge der gegen uns gerichteten Preßprozesse, die sich auf Hunderte von Thalern belaufen können, gedeckt werden, ohne daß ein Defizit entsteht.“

Köflich. „Politische Verfolgungen“ kennt der „Neue“ bis jetzt nicht; dazu war er zu loyal; aber „wir müssen jedenfalls darauf gefaßt sein“. Aber warum denn, lieber „Neuer“, willst Du zur Abwechslung in Radicalismus machen? — „Preßprozesse“ kennt der „Neue“ auch nicht, aber sie „können“ kommen, und „die Geldstrafen sich auf Hunderte von Thalern belaufen“. — Für den oberflächlichen Leser sieht der Satz aus, als seien die „politischen Verfolgungen“ und die „Preßprozesse“ schon da und das soll auch damit bezweckt werden. Die Lösung ist eben: Sand in die Augen.

Die Hofeldtsche „Freie Zeitung“ hat am Sonntag ihr Eingehen angezeigt, und zwar nicht aus Mangel an Lesern, obgleich auch dieser zugegeben wird, sondern aus Mangel an einem — Redakteur. Es fanden sich — so schreibt sie selbst — für die Redaktion der „Freien Zeitung“ nur „Leute von völliger Gesinnungslosigkeit, die für Geld Alles thun, oder Unfähige.“ (Nr. 302, S. 1, Sp. 2, Ende des oberen Absatzes.) Diese Selbstkritik verdient alle Anerkennung; schade nur, daß der Schreiber derselben nicht gesagt hat, in welche Kategorie er sich rechnet.

Für Stieber. „Wir erheben mit Entrüstung unsere Stimme gegen die Verletzung des Briefgeheimnisses, eine der absurdesten und insamsen Erfindungen des Despotismus.“ Und wer sagt das? Etwa die Redaktion des „Volksstaat“? Sie hat Prozesse genug am Hals, und man könnte behaupten, sie habe eine Institution des neuen Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte zu „schmähen“ beabsichtigt. Nein — es wurde vor mehr als 82 Jahren (am 27. Juli 1789) von dem Grafen Clermont-Tonnere gesagt, und zwar in der französischen Nationalversammlung. O diese „verkommenen“ Franzosen!

Zwei Urtheile: 1) „In dem französischen Berlin redivirt sich die Freiheit, zu denken und zu schreiben, auf die Freiheit, gegen die Religion so viele Sottisen als man will, zu Markte zu bringen. Lassen Sie einmal Einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfeld in Wien geschrieben hat, lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hopsbädel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie ihm gesagt hat, lassen Sie Einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Unterthanen, der gegen Ausfagung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung machen, welches Land bis auf den heutigen Tag das slavischste in Europa ist.“ Lessing an Nikolai, 25. Aug. 1769.

2) „Der Preussische Staat mit seinen vielen Tausend bezahlten Satelliten, der einzigen Basis der willkürlichen Gewalt, erscheint wie eine ungeheure ununterbrochene Wachtstube, und kommt mir vor wie eine große Kaserne.“ Alfieri, 1770.

Sonst und jetzt. 1872: „Das Volk in Waffen sind auch Spitzhüben in Waffen.“ Molke.

1785: „Die Offiziere sollen den gemeinen Mann nicht durch Barbarei, tyrannisches Pöbeln, Stoßen und Schimpfen zu seiner Schuldigkeit anhalten, denn seine Majestät der König haben keine Schlingel, Canakken, Racaillen, Hunde und Kropfzeug in Diensten, sondern rechtschaffene Soldaten.“

Möllendorf, Gouverneur von Berlin.

### Ein Schweizer'scher Agitator.

Hannover, 30. Juni. Herr Frohne schreibt im „Neuen“ (Nr. 72) einen Bericht aus Mainz über seine Agitationsreise, worin er es versucht, unsere Partei zu verächtigen. Dieser Mensch ist jedoch nicht im Stande, unsere Partei zu schaden; wir wollen es beweisen:

Herr Frohne ist, wie wohl Vielen bekannt, Schlosser; als solcher zu arbeiten — dazu hat er aber keine Lust. Es ist ihm allerdings leichter, als Agitator herumzuwandern, um für den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zu agitieren, als zu arbeiten. Als er noch Mitglied der „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verein“ war, meldete er sich eines Tages beim Vorstand und beantragte unter dem Vorwande, gemäß

regelt worden zu sein, Unterstüfung. Herr Frohne arbeitete damals in einer Waggonfabrik; eine Commission, die ernannt wurde, um Erkundigungen über diesen Vorfall einzuziehen, kehrte mit dem Resultate zurück, Herr Frohne sei nicht als Agitator entlassen, sondern weil er nichts leisten konnte, was einer Arbeit ähnelnd sah. Unser jetziger Parteigenosse Lachow hatte Mitleid mit ihm, und er als Familienvater existierte bei seinem Fabrikanten seine Stellung, um Herrn Frohne Arbeit zu verschaffen. Der Fabrikant, der sich nicht um das politische Glaubensbekenntnis seiner Arbeiter kümmert, sondern nur auf die Arbeit achtet, die ihm geliefert wird, sagte nach langem Zureden Lachows zu. Freudig eilte Lachow zu Herrn Frohne, ihm sein Resultat mitzutheilen und ihn auffordernd, selbigen Tages noch die Arbeit aufzunehmen. Herr Frohne sagte zu — kam aber nicht. Anderen Tages von Lachow zur Rede gestellt, gab er zur Antwort: **Er habe zum Arbeiten keine Lust.** — Von einem anderen Parteigenossen, Raabe, sorgte er sich verschiedene Sachen, die er heute noch nicht bezahlt hat. Raabe, der ihn öfters aufforderte, seinen Verpflichtungen nachzukommen, da er Familienvater sei und sein Geld nothwendig brauche, gab er zur Antwort: **Wenn ich das große Loos gewinne, werde ich Dich bezahlen.** Herr Frohne erhielt nun vom „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ wöchentlich 3 Thlr., nebenbei handelte er noch mit Cigaretten. Seinen Lieferanten schuldet er heute noch eine Summe von 50—75 Thlrn. Er führte aber ein so lächerliches Leben, daß ihm Seitens der hiesigen Mitglieder die Unterstüfung entzogen wurde, und wegen seines ausschweifenden Lebenswandels seine Ausstüfung beantragt wurde. Sein liebster Aufenthalt waren die „Tingel-Tangel“ (Kneipen, in denen weibliche Bedienung mit Sing-Sang ihr lauberes Handwerk treibt). Von Wiesbaden einmal darüber zur Rede gestellt, gab er ihm zur Antwort: **Wenn Du als Sozialdemokrat die Abschaffung der Prostitution predigen willst, so kannst Du es nicht anders, als wenn Du dich selbst hineinbegiebst; dann kannst Du sie erst gründlich kennen lernen.**

Nun wurde Herr Frohne hier die Hölle zu heiß und er siedelte nach Bremen über, um dort als wohlbestallter „Agitator“ mit pro Tag 1 Thlr. sein lächerliches Leben fortsetzen zu können. Lassen wir darüber die Bremer Parteigenossen selbst sprechen; sie werden es, haben sie diesen Artikel gelesen, wohl thun.

Doch beinahe hätten wir Herrn Frohne Unrecht gethan, da wir behaupteten, er habe gar nicht gearbeitet; das hat er doch; er hat einige Zeit bei Dr. Schnell geschrieben, wenn auch nur wenige Stunden des Tages; das wollen wir nicht näher erörtern; nur das: zwei Mitglieder (Namen können festgestellt werden) der internationalen Metallarbeiter-Verein arbeiteten in der Fabrik von Dreper und Rosenkranz; sie gingen aus der Arbeit; der oder die Fabrikanten wollten den rückständigen Lohn nicht auszahlen, da die Beiden nicht gekündigt hatten; sie verklagten die Fabrikanten. Herr Dr. Schnell, dem sie die Sache übergaben, führte den Prozeß zu Gunsten der Arbeiter durch; die Fabrikanten mußten bezahlen. Herrn Frohne wurde von Dr. Schnell das Geld zur Besorgung übergeben; die Betroffenen waren aber bereits abgereist. Eines Tages kam ein Brief, in dem die beiden Arbeiter anfragten, wie es mit ihrer Sache stehe, und **stellte es sich heraus, daß Herr Frohne jene Arbeiterpennung durchgebracht hatte.**

Wenn Herr Frohne in seinem Bericht sagt: „Wahrlich, wer angesichts solcher Thaten derartige Subjekte noch für Sozialdemokratie hält, verdient für verrückt erklärt zu werden.“ so können wir behaupten: „Wer angesichts solcher Thaten ein solches Subjekt, wie Herr Frohne, für einen Sozialdemokraten hält, verdient noch mehr, als für verrückt erklärt zu werden.“

Solche Vorfälle bildet der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ in seinen Reihen. Ist das nicht eine Schmach für die Sozialdemokratie? Wahrlich, solche Subjekte verdienen nicht mehr, als daß ihnen in jeder Volksversammlung, in der sie auftreten, ihre Schandthaten vorgehalten werden. Keine Lustlinge sind es, die Arbeiter wollen sie aus ihrer „Berufspartei“, in die sie die heutige Produktionsweise gedrängt hat, befreien, sie selbst aber können sich nicht einmal aus dem Schlamme der Berufspartei retten, ja, sie haben nicht einmal den Willen dazu! Bismarck kann stolz sein auf seine Schweitzergarde!

Philipp Wiemer.  
E. Weickel, Vertrauensmann.

Mainz, 30. Juni. In Nr. 52 des „Volksstaat“ wurden die hiesigen Parteigenossen aufgefordert, über die Anträge, welche sich zwischen den Hantelweber'schen Agitatoren und Hrn. Schob in Mainz abgepielt, wahrheitsgetreu zu berichten. Dieser Aufforderung entsprechend theilen wir Folgendes mit: 1) Ja es ist nicht wahr, daß — wie Herr Frohne in Nr. 72 des „Neuen“ behauptet — Herr Schob die Veranlassung dazu gegeben, daß die Hantelweber'schen Agitatoren verhaftet wurden, sondern Herr Frohne hat sich das Vorgefallene selbst zuschreiben, indem er schon Tags zuvor in derselben Wirthschaft, wo die Versammlung anderen Tags stattfand, in betrunkenem Zustande sich befand, und zwar in solcher Weise betrunken, daß der Wirth sich veranlaßt sah, ihn aus dem Lokal zu entfernen.

2) Jene Versammlung war eine Gewerkschaftsversammlung der Maurer; man hat aber, wie gewöhnlich, für den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ Propaganda zu machen versucht. Herr Schob erklärte Frohne, wenn wir auf solche Art und Weise in Preußen vorgingen, wäre die Versammlung längst aufgelöst, aber er könnte froh sein, daß er in Hessen sei.“ Daraus hörte man plötzlich den Ruf von Herrn Frohne: „Denunciant!“ Das war für die Mainzer Arbeiter zu viel, denn sie kennen ihre Polizei-Agenten. Darauf sah sich der Wirth (der ebenfalls Parteigenosse ist und bei dem der „Volksstaat“ ausliegt), noch ehegebend der Ständelscene von Tags zuvor, veranlaßt, Herrn Frohne durch die Polizei aus der Wirthschaft entfernen zu lassen.

3) Ferner ist es nicht wahr, daß die Versammlung aufgelöst wurde, sondern der Vorsitzende hat dieselbe freiwillig geschlossen, weil sowohl die Maurer als auch alle andern Arbeiter von Mainz es satt hatten, jene Agitatoren zu hören.

4) Die Angelegenheit des Herrn Schob mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ ist auf friedlichem Wege geordnet worden.

5) Die Lust wird den Hantelweber'schen Agitatoren vergangen sein, jemals wieder hierher zu kommen. Die Mainzer Arbeiter sind sich ihrer Lage jetzt vollständig bewußt; sie werden niemals Geld nach Berlin schicken, damit die Hantelweber'schen Agitatoren per Chaise in Mainz herumfahren können.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
A. Lemoisne, Vertrauensmann.

**Internat. Gewerkschaft der Mannfaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.**

Dresden. Am 1. Juli d. J. fand im Saale zu „Stadt Bremen“ (Borna'scher Auladen) eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, an welcher sich Arbeiter und Arbeiterinnen zahlreich beteiligten. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften.“

Der Referent, Herr Epstein, schilderte in längerer Rede die Lage der arbeitenden Klasse und die aus derselben hervorgegangene Bewegung. Er wies nach, daß die Arbeiter durch das Vorgehen der Arbeitgeber gezwungen seien, eine Organisation zu schaffen, die allen Bedürfnissen und Anforderungen die: Epochen könne und forderte alle Arbeiter zum Anschluß an die internationalen Gewerkschaften auf, da der Arbeiter nur durch dieselben alle Uebelstände der Gegenwart abwehren könne. Diese Aufforderung, welche noch von einigen Rednern erging, hatte guten Erfolg, denn nach Schluß der Versammlung ließen sich viele Arbeiter sowie Arbeiterinnen in die Gewerkschaft einschreiben. Es wird in nächster Zeit für Dresden und Umgegend eine Section der Gewerkschaft gebildet werden, welche mit der Dresdener Ortsmitgliedschaft eng in Verbindung stehen soll.

E. Becke, Schriftführer.

\*) Die Herrn Schob vom „Neuen“ lächerlicher Weise insinuirten Worte lauten: „Es wunderte mich, daß die Versammlung nicht schon längst von der Polizei aufgelöst ist; sie ist nicht richtig angemeldet worden; anderwärts wäre dies schon längst geschehen! Es ist hier von Polizei gesprochen worden; das ist Unsinn. Auch hat Niemand zu sprechen, als Mainzer Maurer.“

**Norwegen.** In Christiania haben gegen 120 Bäckergejellen kürzlich die Arbeit niedergelegt. Sie verlangten Kürzung der Arbeitszeit bis auf 78 Stunden wöchentlich. Die Forderung ward von der Mehrheit der Meister alsbald bewilligt. Nachher erfolgte ein Strike der Schneidergejellen; dieser soll noch nicht zum Abschluß gekommen sein, weil die Meister auf die Vohnerhöhung nicht eingehen wollen, vielmehr im Verein mit den Kleiderhändlern ihre Fäden bis zum Wiedereintritt der Gejellen geschlossen haben. Kürzlich sollen auch die Typographen und die Barbieren in der norwegischen Hauptstadt in den Strike eingetreten sein.

**Oesterreich.** Wien. Bei dem t. t. Hofstadler Müller haben die sämtlichen Tischler und Sattler die Arbeit eingestellt. Sie verlangen 10-stündige Arbeitszeit und Vohnerhöhung. — Der Strike der Färber wird noch größere Dimensionen annehmen. In einem Aufrufe warnen jene ihre Kollegen in Deutschland vor Zugug. — Die Tapezierer meist ergebenen durch Präventivmaßregeln den Strikes entgegenzuwirken. Die „Agitatoren“ sollen gemäßregelt werden, und die Polizei soll den Strikenden Hindernisse in den Weg legen.

**Prag.** Die Maschinenbauer beschloßen, eine Vohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und eine Milderung der Vorschriften der Fabrikordnung zu fordern.

**Wien.** Der „Volksstaat“ ersucht alle Arbeiterorgane um Aufnahme folgender Notiz:

„Jener „Student“ Reinthal, welcher sich in Erfurt und an anderen Orten herumgetrieben und sozialdemokratische Ansprachen nur zu dem Zwecke gehalten, damit die auswärtigen Parteigenossen glauben sollten, die Differenzen zwischen ihm und den Vertrauensmännern der österreichischen Arbeiterpartei seien rein persönlicher Natur, ist wegen ungebührlichen Betragens und wegen Schwädigung der Vereinsinteressen aus dem Wiener Arbeiterbildungsvereine ausgeschlossen worden. Derselbe hat in keinem Wiener Gewerkschaftsverein Zutritt. — Der Verein „Brüderlichkeit“ und der sogenannte „Führer“ der Weber sind nur ein Vereinigungspunkt der aus den Wiener Arbeitervereinen ausgeschlossenen Elemente. — Reinthal ist der Mitarbeiter und Genosse eines notorischen, im t. t. österr. Preßbureau beschäftigten Polizei-Agenten, Namens Auer, jenes feigen Gesellen, der seit Jahren in der „Neuen freien Volksstimme“, dem ehemaligen Organe des Vereins „Selbsthilfe“, unsere Partei auf das Gemeinste beschimpft hat.

Auer hat nun der „Brüderlichkeit“ ein anderes Schwindelblättchen zur Verfügung gestellt und Reinthal als Mitarbeiter gewonnen. Auer, der Colleague Reinthals, hat nachweislich bei Fabrikanten und Bankiers Gelder erbeutelt, unter dem Vorwande, er werde die Sozialdemokratie bekämpfen. Jetzt macht dieser ehemalige „Selbsthilfist“ mit Reinthal und Genossen in rother Sozialdemokratie, weil man hofft, unter dieser Firma die Geschäfte der Unterminirung unserer Partei besser betreiben zu können. Alle Parteigenossen werden vor dieser Bande gewarnt.

Sollte Auer mit dieser Erklärung noch nicht zufrieden sein, so sind wir bereit, seine interessante Lebensgeschichte zu veröffentlichen.“

— Das von den genannten beiden Leuten redigirte angeblich sozial-demokratische Blatt „Brüderlichkeit“ schreibt über den Auszug vom 16. Juni, der zu dem Zusammenstoß mit der Polizei geführt hat: „Auf dem Galanberg wurde ein Lager improvisirt, und dorthin ließen die „Führer“ die zur „Begeisterung“ nöthigen Stoffe transportiren, unter welchen der Schnaps eine quantitative nicht unehämliche Rolle spielte.“

Als nun der Fuzel allem Anscheine nach seine Schuldigkeit gethan, wurden plötzlich rothe Fahnen enthißt, wahnwitzige Reden gehalten und aufreizende Reden intonirt. Bergleich waren die Bemühungen jener, welche von dem Brandweintempel noch nicht befehen waren, um solche zwecklose Wüthereien zu verhindern, die „Führer“ hatten ja eben auf die durch Alkohol erzeugte Unzurechnungsfähigkeit ihre „Schönheiten“ Hoffnungen gebaut.“

In diesem Tone geht es fort und werden alle Schimpfereien der Bourgeois-Organe noch überboten.

**Gernsborn, 1. Juli.** Nichts im Leben kennzeichnet mehr den Jesuitismus der Bourgeoisie als die bekannte Phrase, der Lohn der Arbeiter steige von selbst oder er sei im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen gestiegen.

Ich gebe daher nachstehend eine Statistik über die Lebensmittelpreise und die Arbeitslöhne in den Jahren 1841 und 1842 im Verhältnis zu den jetzigen:

Lohn der Tagelöhner in den Jahren 1841 und 1842		Lohn der Tagelöhner in dem Jahr 1872	
24—30 fr.	Lebensmittelpreise in den Jahren 1841 und 1842.	36—45 fr.	Lebensmittelpreise in dem Jahr 1872.
1. Hausmiete	19—12 fl.	1. Hausmiete	36—50 fl
2. Brod 4 Pfd.	6 fr.	2. Brod 4 Pfd.	18 fr.
3. Butter 1 Pfd.	10—12 fr.	3. Butter 1 Pfd.	36—42 fr.
4. Eier 10 Stk.	4 fr.	4. Eier 10 Stk.	20 fr.
5. Rindfleisch 1 Pfd.	5—6 fr.	5. Rindfleisch 1 Pfd.	18—19 fr.
6. Schaaflsch 1 Pfd.	3 fr.	6. Schaaflsch 1 Pfd.	18 fr.
7. Schweinefleisch 1 Pfd.	6—7 fr.	7. Schweinefleisch 1 Pfd.	20—21 fr.
8. Ochsenfleisch 1 Pfd.	6—7 fr.	8. Ochsenfleisch 1 Pfd.	20—21 fr.
9. Kalbfleisch 1 Pfd.	3 fr.	9. Kalbfleisch 1 Pfd.	10 fr.
10. Bier 4 Schoppen	3 fr.	10. Bier 4 Schoppen	12—18 fr.
11. Kartoffeln 100 Pfd.	18 fr.	11. Kartoffeln 100 Pfd.	2 fl. 24 fr.
12. Kaffee per Pfd.	16 fr.	12. Kaffee per Pfd.	40 fr.

Hieraus sind also die Lebensmittelpreise durchgehends um das 3fache, ja einzelne derselben um das 6- und 8fache gestiegen, wozegen der Lohn nur um die Hälfte gestiegen ist. Jeder Haushaltungsvorstand weiß, daß er damals für 30 fr. mehr kaufen konnte als heute für 1 Thlr. Nehmen wir hingegen die Steigerung der Einkünfte der Bourgeoisie, so versuche noch Jemand zu behaupten, es gebe kein e soziale Frage!

Die Hüttenwerke der hiesigen Gegend sind in 2 Jahren schon viermal mit je 5 Thlr. auf 1000 Pfd. Eijen aufgeschlagen und beabsichtigen jetzt sogar das fünfte Mal aufzuschlagen, ohne daß der Lohn der Arbeit in diesen 2 Jahren um 1 fr. erhöht worden.

So fertig zum Beispiel die „Reuhschneidmühle“, ohne ihre bedeutende Hütten, per Tag und Nacht 88,000 Pfd. Schmiedeeijen; nehmen wir also einen Ausschlag von 20 Thlr. per 1000 Pfd. in den letzten 2 Jahren ohne erhöhten Arbeitslohn, so finden wir, daß hierdurch allein per Tag und Nacht 760 Thlr. mehr verdient worden, als sonst, und ist es daher nicht zu verwundern, wenn die Leute Millionäre werden; aber wo bleibt der Lohnknecht, welcher bei schwerer Arbeit von Kaffee und Brod lebt und je nach Umständen auch noch bei dem geringsten Fehler vom Herrn Hüttenbesitzer geohrfeigt wird?

Die Arbeiter hiesiger Gegend haben leider noch nicht den Muth, wie anderwärts, dieses drückende Joch abzuwerfen. Die meisten derselben sind aus den umliegenden Dörfern, wo sie gewöhnlich noch ein halbes Häkchen, sowie 1—2 Grundstücke zur Bespaltung mit Kartoffeln besitzen, und dadurch an ihre Scholle gebunden; dies wissen die Herren Hüttenbesitzer sehr genau, weshalb auch hier die Löhne gegen die der Arbeiter gleicher Branche im Kreis Siegen um 1/2 niedriger stehen; sind die Hüttenbesitzer genöthigt, einen fremden Arbeiter anzustellen, so zahlen solche denselben doppelten Lohn, als wie dem hiesigen Arbeiter.

Dies Verhältnis wird übrigens nicht mehr lange dauern, denn es läßt an, in den Köpfen der Hüttenarbeiter zu tagen und sorgt auch der Staat dafür, daß die Leute von ihrer Scholle entbunden werden, indem die Concurrenz und Zwangsversteigerungen in hiesiger Gegend zu einer wahren Epidemie geworden sind.

**Berlin.** Der Bund der Maurer- und Zimmermeister hielt am Freitag, d. 28. Juni, eine Generalversammlung ab, zu der sich auch Herr Dr. Hirsch als getreuer Schütznappe des Kapitals eingefunden hatte. Herr Hirsch verkündete, daß in seinen Gewerkschaften die extremen Elemente nicht vertreten wären, daß sie vielmehr das friedliche Element in der großen Arbeiterbewegung seien und die Unterstüfung der Arbeitgeber verdankten. Er ertheilte den Meistern den Rath, sich zu organisiren und die Arbeiterfranken- und Invalidenlisten zu unterstützen (um sie ganz in die Hände zu bekommen. R. d. S.); im letzteren Falle sei ihnen die Sympathie der Arbeiter gewiß. Die Ausführungen des Hrn. Hirsch ernteten natürlich Beifall. — Den Arbeitern dürfte aber mit der Zeit doch einleuchten, daß sie nicht nur die Agenten der Regierung sondern auch die des Kapitals von sich fernzuhalten haben.

**Berlin.** Max Hirsch's Vorarbeiten für uns. Ueber den am 31. März in Berlin abgehaltenen Verbandstag der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine bringt der „Sprechsaal“, Organ der Porzellanarbeiter, in seiner Nr. 25 vom 20. Juni den Anfang eines in mehrfacher Hinsicht höchst interessanten generalistischen Berichts. Nach diesem waren auf dem Verbandstage 17 Gewerke durch 19 Delegierte vertreten. Ueber die Stärke und Ausbreitung des Verbandes wird gesagt, daß im Nov. v. J. 500, im Febr. 600, im Jan. d. J. 400 und im Febr. 400 neue Mitglieder gewonnen worden seien, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder von 9490 auf 13,074 gestiegen und beim Schluß des 1. Quartals bestimmt auf 15,000 zu veranschlagt sei. Von einem Herrn Landgraf wird auf die Wichtigkeit des Verbandesorgans als Agitationsmittel hingewiesen und zu dessen kräftigster Vorbereitung aufgefodert. Man müsse, meinte Landgraf, es machen, wie die Sozialdemokraten, von denen ein Jeder seinen „Sozialdemokrat“ oder „Volkstaat“ in der Tasche hätte. Sodann wurde von Dr. Hirsch zum Zwecke einer wirksamen Agitation die Erhebung einer Ertragssteuer in der Höhe von 1 Sgr. vorgeschlagen.

Nach Hirsch soll die Agitation nicht nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein (also jedenfalls doch teilweise! R. d. B.), es müsse vielmehr die Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegungen, also der Gewerksvereine, vor Allem ins Auge gefaßt werden. Und nun entwickelte er seinen Agitationsplan, über welchen der „Sprechsaal“ folgendermaßen berichtet: „Herr Hirsch schlägt als nächste Ziele der Agitation vor: Prov. Preußen, Thüringen (Porzellanarbeiter), Westfalen, Südbayern, Baden und die Rheinlande. Die Agitation soll deshalb planmäßig geschehen 1) durch Rundreisen, 2) soll dieselbe nicht allein von Berlin ausgehen, 3) sollen Knotenpunkte gebildet werden und zwar folgende: Hildesheim: Königshagen; Westpreußen: Danzig und Elbing. Provinz Posen: Posen. Pommern: Stettin. Vorpommern: Greifswalde und Stralsund. Westfalen: Köln. Prov. Brandenburg: Berlin als Centralpunkt. Provinz Schlesien: Breslau. Oberschlesien: Laurahütte. Provinz Sachsen: nördlich Magdeburg, südlich Merseburg. Thüringen muß namentlich sehr berücksichtigt werden. Königreich Sachsen verspricht wenig Erfolg hinsichtlich der dort weitverzweigten Sozialdemokratie. Westliches Deutschland: Oldenburg. Hannover: Erfolge ebenso fraglich wie in Westfalen, welche von Dortmund ausgehen müßten. Königreich Bayern: Nürnberg und Fürth. Königreich Württemberg: Stuttgart. Volkstein: Kiel, auch dort der Erfolg sehr in Frage gestellt.“

Wir zweifeln, daß es Herrn Hirsch gelingen wird, die Arbeiterbewegung durch seinen leichten Liberalismus zu verflachen. Von Seiten der Sozialdemokratie, soweit diese nicht selber zum Angriff übergeht, kann er sich auf energiegeladen Widerstand gefaßt machen. Sein Harmonie-Gebälde hat selbst für die verächtlichsten gestimmten Gemüther allen Hauber verloren, seitdem es tagtäglich durch die Thatlage der unzufriedenen Arbeiterklasse überbietet wird. So wenig wie den Sklaven ein wesentliches Interesse an seinen Herren besteht, ebensowenig herrscht Uebereinstimmung der Interessen zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist.

**Berlin, 19. Juni.** Ueber die Vortheile resp. Nachtheile der Strikes sprach sich Herr Kaiser in der letzten Monatsversammlung der hiesigen internationalen Metallarbeiter-Vereinigung folgendermaßen aus: Die Strikes sind nur Nothwehr der Arbeiter gegenüber den schlechten, sie bedrückenden Verhältnissen. Daher erklärt er sich, daß sehr oft ganz reaktionäre oder liberale Arbeiterbezirke unversehens streiken. Als Beispiel führte Redner den Königshütter und den Diablaer Strike an. Ebenso seien die Anhänger des Herrn Max Hirsch, des „Harmonie-Apostels“, schon oft genug durch die Macht der Verhältnisse, welche heißen: Hunger, Wohnungsnoth, brutale Behandlung Seitens der Arbeitgeber, sowie geistige und körperliche Erschöpfung, zum Streiken gezwungen gewesen. Von diesen Gesichtspunkten aus sind die Strikes nicht als Offensiv-, sondern als Defensivkampf zu betrachten, nicht Angriff, sondern Abwehr. Als solche habe sich auch die Sozialdemokratie zu halten, ihren Werth zu hoch anzuschlagen und ihre Kräfte in Strikes zu vergeuden, denn die Erfolge seien selbst bei siegreicher Durchführung nur vorübergehend. Es sei erwiesen, daß es immer noch leichter ist, einen kleinen Erfolg zu erkämpfen, als das Erkämpfte festzuhalten, dies zeigte sich recht scharf bei den Strikes. So lange jeder Strike dauert, bilden die Gewerke eine geschlossene Phalanx. Nach dem Siege aber lehre schnell die Reaktion ein; viele treten von der Organisation zurück, die alten Kämpfer sterben ab, die neuen arbeiten um jeden Preis, so sei es den Arbeitgebern möglich, nach und nach das alte Verhältnis wieder herzustellen. Dazu komme es, daß seit immer der Preiszuschlag auf das Produkt den Lohnzuschlag bedeutend übersteigt und daß demnach ein allgemeiner Durchbruch einer Lohnerhöhung durch alle Gewerke das alte, vielleicht noch ein schlimmeres Verhältnis einträte. Der Normal-Arbeitszeit sei hingegen stets eines Strikes würdig, denn er lasse sich nicht wieder unter der Hand weggestamoteln. Auch habe er auf die geistige und sittliche Entwicklung des Arbeiters einen bedeutenden günstigen Einfluß. Sogar der Arbeiter sei es, sich für die Strikes zu organisieren und sei die internationale Organisation die zweckmäßigste, schon wegen Abhaltung des Jungs.

**Berlin.** Der erste deutsche Sattler-Kongress wurde Sonntag, den 30. Juli eröffnet. Es waren 4333 Berufskollegen aus 25 deutschen Reichsteilen und Deutsch-Oesterreich durch 39 Delegierte vertreten. Nachdem die Mandata geprüft waren, wurde zur Konstituierung des Bureau's geschritten. Es wurden gewählt die Herren Kuer (Berlin) zum ersten, Kollmuth (München) zum zweiten Vorsitzenden, Neubauer (Köln) zum ersten und Berg (Berlin) zum zweiten Schriftführer. Die auswärtigen Delegierten überbrachten Grüße und Glückwünsche von ihren Mandatgebenden, worauf die Versammlung gegen 2 Uhr nachmittags geschlossen wurde. — Montag, den 1. d. M. Vormittags gegen 10 Uhr, wurde die Versammlung wieder eröffnet und zunächst zwei eingelassene Glückwünsche-Telegramme aus Offenbach und Elberfeld gelesen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete: „Die allgemeine Lage des Sattlergewerks.“ In einer längeren Diskussion wurde ausgeführt, daß das Sattlergewerbe — niemals sehr einträglich — gegenwärtig eine der schlechtesten bezahlten Professionen sei. In mehreren Reichsteilen bediene ein Sattler nicht mehr als 2 bis 3 Uhr, wöchentlich. Die Arbeitszeit sei eine lange. Schuld daran sei, daß die Sattler nicht organisiert sind. Würde dies ohne Unterschied der politischen Stellung in gehöriger Weise geschehen, dann würden auch die Sattler sehr bald der fest organisierten Kapitalmacht gegenüber einen unüberwindlichen Ball bilden und gleich anderen Arbeiter-Korporationen sich eine bessere Lage zu schaffen im Stande sein. Es gelangte folgende von Herrn Schröder (Berlin) eingebrachte Resolution fast einstimmig zur Annahme: „In Erwägung, daß durch die am heutigen Tage stattgefundene D. hatte, an welcher sich die Vertreter der meisten größeren Städte Deutschlands beteiligten, vollständig klar dargelegt wurde, daß die Lage der Sattlergehilfen Deutschlands eine der schlechtesten aller Arbeiter-Korporationen ist, sowohl betreffs der Lohnhöhe, als auch der Arbeitszeit sowie des Mangels an jeder Organisation, erklärt der erste deutsche Sattler-Kongress: Alle in seiner Macht stehenden Mittel anzuwenden, diese Verhältnisse zu beseitigen und eine allgemeine Organisation zu schaffen, welche im Stande ist, die Lage unserer Korporation auf den Stand zu stellen, der dem Arbeiter es ermöglicht, menschlich zu existieren, und ist es Pflicht eines jeden Delegierten, in dem Orte, welchen er hier vertritt, in diesem Sinne zu wirken.“ — Hierauf wurde das „Reklamschreiben“ besprochen. Es wurde hierbei hervorgehoben, es möge ein Jeder nach Möglichkeit alle Eltern, Erzherrn u. d. vor warnen, ihre Kinder, resp. Blutsverwandten das Sattlergewerbe erlernen zu lassen. Schließlich gelangte folgende von Herrn Kuer (Berlin) gestellte Resolution zur Annahme: „In Erwägung, daß durch die schrankenlose Ausbreitung der Arbeitskraft der Kapitalisten Seitens der Arbeitgeber, des Sattler-, Riemen- und Lächelgewerbes den selbständigen Besitzern eine unerschütterliche Konkurrenz geschaffen wird, welche um jeden Preis entfernt werden muß, erklärt der erste deutsche Sattler-Kongress, es sei mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Lehrlinge verhältnismäßig ihrer Fähigkeit bezahlt werden.“ — Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung: „Der Normalarbeitszeit“, referierte Herr Neubauer (Köln). Redner wies darauf hin, daß beispielsweise in Oesterreich die Landarbeiter schon lange vor Sonnenanfang mit geringem Unterbrochen bis abends 11 Uhr in der größten Hitze für einen wirklichen Hungerlohn arbeiten müssen, daß ferner fast in allen Gewerken Deutschlands

die durchschnittliche Arbeitszeit 12 Stunden pro Tag betrage. In Amerika sei in den Staatswerkstätten bereits gesetzlich eingeführt, daß 8 Stunden täglich gearbeitet wird; 8 Stunden sind der Erholung und Fortbildung und 8 Stunden dem Schlafe gewidmet. Die Fortschrittspartei rufe den Arbeitern zu: „Bildet Euch, dann wird Eure Lage eine bessere werden.“ Lasse man uns dann aber doch wenigstens die Zeit zur Aneignung dieser Bildung. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, die, wenn sie eine dauernde sein soll, nothwendigerweise einer gesetzlichen Regelung bedarf, erhöhe sich die Nachfrage nach Arbeitskräften, wodurch der Lohn steige. Nachdem der Korreferent Herr Berg, sowie eine lange Reihe von anderen Rednern sich in gleichem Sinne geäußert, gelangte folgende, von Herrn Kuer beantragte Resolution zur Annahme: „In Erwägung, daß die übermäßig lange Arbeitszeit zum Ruin der Arbeiter in moralischer und physischer Hinsicht führt, erklären die sämmtlichen anwesenden Delegierten, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß ein gesetzlich gesicherter Normalarbeitszeit von 8 Stunden eingeführt wird; bis zur Erreichung desselben aber durch moralische Mittel dahin wirken zu wollen, daß ein Normalarbeitszeit von 10 Stunden allgemein eingeführt werde und für die Ueberstunden 50 pCt. Lohnzuschlag zu zahlen sei, ohne der weiteren Agitation Hindernisse in den Weg zu legen.“ — Herr Kuer ermahnte hierauf noch mit kräftigen Worten alle Anwesenden zu festem Ausdauern, worauf gegen halb 8 Uhr Abends die Sitzung geschlossen wurde. („Demokr. Ztg.“)

**Nürnberg, 1. Juli.** An alle Schlossergehilfen Deutschlands! Anknüpfend an den Aufruf unserer Hamburger Kollegen, richten wir ebenfalls die dringende Mahnung an Euch, Organisationen in's Leben zu rufen. Wo sich am Ort ein internationale Metallarbeiter-Vereinigung befindet, da gründet keine neuen Fachvereine, sondern treten der schon vorhandenen Vereinigung bei; an Orten aber, wo Ihr noch unorganisiert seid, da gründet lokale Fachvereine mit Vorbehalt des Anschlusses an die Gewerkschafts-Union. Besonders warnen wir Euch vor den jetzt wieder mit aller Kraft agitierenden „Hirsch-Dunder'schen“, welche die Arbeiter mit schönen Worten und noch schöneren „Kassenberichten“ zu locken suchen.

Wacht es wie wir hier in Nürnberg: Schließt Euch dem großen internationalen Bruderverband an. Auskunst ertheilen wir gern. Erwäge Briefe richte man an das Arbeitsvermittlungskomitee der Nürnberg. Schlossergehilfen Herberge zur weißen Aiste, Laufersgasse.

**Nürnberg, den 28. Juni.** (Noch einmal der Dugendreich). Wenn wir heute sagen: „Noch einmal der Dugendreich“, so meinen wir damit diesmal nicht Herrn Hall, sondern seine Arbeiter. Es ist wirklich traurig, tagtäglich mit ansehen zu müssen, welches miserable Leben diese Leute führen, und wie faul sie dennoch sind. Etwas zur Verbesserung ihrer Lage zu thun; ja wie selbständig sich sogar der größte Theil von ihnen einer Bewegung entgegenstemmt, die durch die Organisation eine Besserung ihrer drückenden Lage anstrebt. Welche Mühe sich sowohl die Nürnberger als Glaschammer Parteigenossen schon gegeben haben, diese gänzlich verjüngten Leute aus ihrer lethargie aufzurütteln, das ist unermesslich. Aber Alles umsonst. Die Leute möchten nämlich, daß man ihnen die Suppenschüssel vor die Nase halte, ihnen den Löffel noch extra in die Faust gibt, damit sie nur zuzulangen brauchen. Aber selbst Etwas zu thun, zusammenzutreten und Etwas zu fordern, ei, das giebt's gar nicht. Wenn nur nicht der Thätigkeit, Aufregung, ebenfalls unter der Zeitigkeit solcher Menschen mißliebig müßte! Seit dem Artikel, den der „Volkstaat“ vor einigen Monaten über die Zustände in der genannten Fabrik brachte, ist es wenigstens insofern besser geworden, als man sich zum Fröhlichwerden und Besipern setzen darf; aber von einer Verkürzung der Arbeitszeit, welche sogar die Schlossergehilfen in der Stadt errungen haben, ist immer noch keine Rede. Der Fabrikant wäre übrigens dumm, wenn er die Freigabe seiner Leute nicht gehörig ausbeutete. — Darum, Arbeiter, Brüder auf Dugendreich, rührt Euch! Oder geht's Euch vielleicht noch zu gut? Rächstens mehr.

**Speyer a. Rh., 30. Juni.** Verflorenen Montag prangten an den Stragenden rothe Plakate, welche die Ankündigung enthielten, daß die Herren Frohme (Hannover) und Hartmann (Hamburg) eine Arbeiterversammlung abhalten und über: 1. „Die Lage der Arbeiter und die Begehren“, 2. „Die Arbeiterpartei und ihre Ziele“ Vorträge halten würden. Der Einberufer, ein Herr Schäfer, hatte mehrere geistliche Formalitäten außer Acht gelassen und die Versammlung, die auf Dienstag Abend anberaumt war, wurde in Folge dessen verboten. Man sollte sich die Sache in die Hand nehmen, was ich deshalb nicht ausließ, weil ich der Ansicht war, daß endlich einmal die sozial-demokratischen Ideen auch hier verbreitet werden müßten, denn für Speyer ist so zu sagen noch gar nichts geschehen. Mittlerweile mußte Herr Frohme abreisen, um in Vorh. bei Worms einen versprochenen Vortrag zu halten und so blieb Herr Hartmann allein zurück um über: „Die allgemeine Arbeiterbewegung und ihre Ziele“ zu referieren. Diese Versammlung fand letzten Donnerstag unter meinem Vorh. statt und verlief nicht ganz ohne Störung, denn die Bourgeois fanden sich ziemlich zahlreich ein und mußte ich, als Redner Herr v. Bismarck in den Bereich wohlwollender Kritik zog, dem Gehelbe Jener sowie der Drohung des anwesenden Polizeikommissärs, die Versammlung schließen zu wollen, nachgeben und den Redner ermahnen, der hiesigen Verhältnisse halber in dieser Weise nicht fortzuführen. An dem Vortrage selbst mußte ich nichts auszusagen; auch berührte Redner die Streitigkeiten seines Vereins mit der sozial-demokratischen Arbeiterpartei mit wenigen Worten. Nachdem Redner beendet, bestieg er nochmals die Tribüne, um zum Eintritt in den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ aufzufordern, worauf sich 17 Mann in die aufgeregte Liste einzeichneten. Jedemfalls werde ich Sorge tragen, daß dieser zu gründende Verein nicht Hainleber-Dasselmännisch wird.

Schließlich muß ich den lebhaften Wunsch ausdrücken, daß, sobald es nur irgend möglich, auch ein Redner der sozial-demokratischen Arbeiterpartei hier auftreten möge.

Mit sozial-demokratischem Gruß Anton Erabler, Hüllergasse Nr. 1. (Anschließend an den vorstehenden Bericht fordern wir den „Neuen“ auf, uns aus allen seinen 6 Jahrgängen auch nur eine einzige Correspondenz herauszusuchen, welche wie obige dokumentieren könnte, daß es der Partei des Schreibers um die Einigung der Arbeiter zu thun ist. R. d. B.)

**Gillingen, 1. Juli.** Die schwabische Landesversammlung unserer Partei ist ausgezeichnet verlaufen. Delegierte waren aus 13 Orten 24 anwesend, welche 12 Vereine vertreten. Von hier war auch der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ vertreten; überhaupt waren verschiedene Mitglieder des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ anwesend; das Einverständnis zwischen uns und unserer Partei ist befruchtend. Die mit der Landesversammlung verbundene Volksversammlung zählte ca. 600 Personen. Ein ausführlicher Bericht folgt dieser Tage.

**Essen, 1. Juli.** Zum Strike der Bergleute. Ich lese in vielen Zeitungen, daß die Bergleute teilweise wieder angefahren sind. Hierüber will ich meinen Parteigenossen die reine Wahrheit mittheilen. Die 52 Jochen, die die Arbeit eingestellt hatten, sind planmäßig organisiert; die Bergleute halten sich an ihr Komitee und glauben allen Zeitungen nichts, denn die hiesigen Blätter, die ja alle das Kapital vertreten, hoffen, die Bergleute würden uneinig und kämen wieder zur Arbeit. Man ist es aber bekannt, daß der Mensch das glaubt, was er hofft und folglich schreiben die Grubenbesitzer in ihren Zeitungen: „Da sind 100 Mann in die Grube gefahren, und dort 150.“ Kommt man aber hin, so erzieht sich, daß alles gelogen ist. Wie die Zeitungen lügen, davon hier ein Beispiel. Die „Essener Zeitung“ Organ für Bergbau, Industrie und Verkehr“ schreibt: „Die Bergleute von Zeche „Prosper“ in Bottrop sind heute Morgen alle wieder angefahren, die Zeche ist festlich geschmückt und eine Inschrift prunkt am Schachte mit den Worten: „Viktorial der Strike ist kaputt!“ Wir Essener hatten nun dieses geglaubt, weil es mit so vielen Einzelheiten erzählt und geschrieben war, und wo man hin kam, da hieß es auch: „Ja, es ist wahr; denn die Grubenverwaltung hat mit Kanonen geschossen; ich habe die Schiffe gehört.“ Die Komitee-Mitglieder haben jeden Tag um 2 Uhr Mittags-Sitzung, um Bericht zu erstatten; in den nächstfolgenden Sitzung hörten wir nun von den Komitee-Mitgliedern der Zeche „Prosper“, Alles, was die „Essener Zeitung“ mitgeteilt, sei erlogen. Wir sind nun schon 14 Tage im Strike, und alle Jochen. Die im Verbands sind, stehen heute noch so fest wie vor 14 Tagen. Jedoch was wahr ist, will ich meinen Parteigenossen

nicht vorenthalten. Nämlich im Dortmund Revier und in Bochum haben Bergleute mehrere Zeichen stillgestellt, ohne eine Forderung zu stellen, und ohne für Bereinigung gesorgt zu haben, und in Folge dessen ist auf beiden Gruben größtentheils die Arbeit wieder aufgenommen. An der Uneinigkeit sind aber die „Mülhauser-Berliner“ schuld. Es bestehen nämlich im Kreise Dortmund 22 Vereine von Bergleuten Schütze-Delitzsch'scher Richtung. Die Vorstände dieser Vereine bilden einen sogenannten Zentralverband und haben alle Vierteljahre Sitzung. Eine solche Vierteljahrs-Sitzung fand am Sonntag den 23. in Hörde statt. In derselben war der Essener Strike auf der Tagesordnung. Es waren zu dieser Sitzung 5 Mitglieder des Strike-Komitees geladen und erschienen. Der Vorsitzende und der Schriftführer des Zentralverbandes hatten schon in der Zeitung veröffentlicht, daß sie eher gegen als für den Strike arbeiteten. In dieser Zentralverband-Sitzung ging es denn recht stürmisch her; aber das Ende vom Liede war, daß die Essener Forderungen angenommen wurden trotz Zentral-Präsident und Schriftführer. Aber das Beste sollte noch kommen. Um 5 Uhr desselben Tages war große Versammlung der Bergleute von Hörde und Umgegend; 5000 Bergleute wollten anwesend gewesen sein; in dieser Versammlung sollte den Bergleuten das vom Zentral-Verband entworfene Programm zur Annahme vorgelegt werden. Als nun die Stunde der Eröffnung heranah, da erklärte der Zentral-Präsident, die Versammlung könne nicht abgehalten werden, weil sie nicht rechtzeitig angemeldet worden wäre. Nun brach der Sturm los. „Verträcht“ u. s. w. wurde dem Präsidenten an den Kopf geworfen; mehrere Bergleute standen auf, sprachen sich dahin aus, ihre Sache nunmehr selbst in die Hand nehmen zu wollen u. s. w., ohne daß die Redner von der Polizei am Reden verhindert wurden. Nun bin ich aber der Meinung, daß der Präsident die politische Bescheinigung in der Tasche hatte, und sie bloß nicht herausgeben wollte. Hatte er doch in den Zeitungen erklärt, gegen den Strike zu arbeiten, müßte er doch etwas thun; und da er Gründe gegen den Strike nicht vorzubringen vermochte, nahm er zu diesem Mittel seine Zuflucht. So geht es dem Arbeiter, wenn er solche Menschen an die Spitze stellt und sich von ihnen leitmachen läßt. Dießem Vorfall aber ist es schuld zu geben, daß die Bergleute im Revier Dortmund nicht einig geworden sind. — Jetzt bei diesem Rassenirre kann man auch sehen, welche Freunde der Arbeiter hat; die Geistlichkeit tritt gegen uns auf. So hat z. B. in der evangelischen Kirche hier in Essen der Pfarrer zweimal auf dem Strike gepredigt: Es sei nicht recht, daß die Bergleute die Arbeit einstellen, denn Jesus habe gesagt: „Bete und arbeite!“ Als es den Arbeitern aber zu arg wurde, verließen sie alle die Kirche. Sodann hatten sich ein katholischer Pfarrer und ein Rektor in Niederrhine bei Steele erdreistet, eine Versammlung von streikenden Bergleuten einzuberufen, und in derselben die Leute zum Arbeiten aufgefordert. Als aber Niemand sich dazu bereit erklärte, da zogen die frommen Väter ab. Was würden wohl diese scheinheiligen Pfaffen sagen, wenn Christus noch einmal auf die Welt käme und predigte: „Wer zwei Mäße hat, gebe dem einen, der keinen hat“, und „Der Herr ist nicht mehr wie der Knecht“ u. s. w.? Ich bin fest davon überzeugt, die Pfaffen würden zuerst rufen: „Kreuzigt ihn!“

**Essen.** Unser Arbeits-Einigungs-Verband ist wenigstens 10 Stunden im Umfang und in jedem Ort finden jeden Tag Versammlungen statt. Komitee-Mitglieder sind 156 an Zahl, aber von den 156 Deputierten sind höchstens 12, die in Versammlungen sprechen können; nun kann man sich wohl denken, welche Arbeit wir haben. Glauben Sie den lügnerischen Zeitungsberichten nicht; es sind noch keine Erfolge vorzuzufassen, bloß 7 Bergleute sind gerichtlich bestraft worden, weil sie nicht gedroht haben sollen; sie haben aber appellirt. In 5 Tagen Anklage und Verurteilung — also per Dampf. —

Unterstützung ist sehr nöthig. Briefe u. s. w. wollen man senden: An das Strike-Komitee, Burggraf'sches Lokal, Rothstraße 8, Franz Dahn.

**Köln, den 30. Juni.** Am Sonntag, den 23. d. M., fand hier selbst eine Versammlung der Seiler von Köln und Umgegend im Lokale des Herrn Krone, Follerstraße, statt. Nach den Auseinandersetzungen von Berg über die Union, sowie von Schumacher über die Arbeiterbewegung überhaupt, haben wir uns als Fachverein konstituiert und uns der Union angeschlossen. Eine Vereinnung hat den Seilern sehr Noth, indem die Löhne hier 10—35% differiren. Rächstens mehr. Andreas Schiefer.

**Coburg, den 27.** Da wir mit der Grünung einer gemischten Gewerkschaft vorgehen, bitten wir die Vorstände der bestehenden Gewerkschaften, uns möglichst bald einige Exemplare ihrer Statuten zu senden zu wollen. Carl Küger.

**Essen.** Im „Volkstaat“ vom 29. Juni war eine Anfrage an die Essener Parteigenossen gerichtet, worin um Aufklärung über Imhofs Rede bei einer Feste der hiesigen Gewerkschaftler ersucht wurde. Im Namen der Essener Gewerkschaften frage ich an: Wer ist der Fragesteller? Kann er Personen angeben, welche jene Aeußerung gehört haben? Setzt wenn hierauf genügende Antwort gegeben ist, bin ich in der Lage, ein Weiteres zu thun; erfolgt keine Antwort, erkläre ich die Insinuation für eine Verleumdung. E. Frit, Seb.

im Namen der im Holzarbeiter-Verein. **Kassel, den 1. Juli.** Gestern begab ich mich mit Freund Kater's und Hochgärtel beaufs Agitation zu der im „Volkstaat“ bekannt gemachten Volksversammlung nach Hersfeld. Der Landrath und Bürgermeister hatten ihr Möglichstes gethan, um die Versammlung zu hintertreiben.

Unter Anderem hatten sie den Eigenthümer des betreffenden Lokals dahin gebracht, uns in der letzten Stunde dasselbe zu versagen. Bei unserer Ankunft fanden wir die Thausse gefüllt mit Gruppen von Menschen. Rummel forderten Wolff und ich die Anwesenden auf, uns nach der dem Bürgermeister gehörigen Wirthschaft zu folgen. Dorthelbst waren der Landrath und drei Diener des Reiches anwesend, um die gesellschaftszerstörende That zu vollbringen. Ich forderte zur Sammlung für die inhaftirten Parteigenossen auf, der auch sofort Folge geleistet wurde; es kam der Betrag von 1 Thlr. 20 Sgr. ein. Zahlreiche Freunde geleiteten uns zum Bahnhof, auch drei Diener des Reiches hatten sich eingeklinkt. Beim Abschiede gaben uns die Hersfelder Freunde das Besprechen, für nächsten Sonntag ein Lokal zu besorgen und wir werden nicht veräumen, am Plage zu sein.

Freunde in Hersfeld, steht fest und wanket nicht trotz aller Chikanen! Dann wird der Sieg der Sozialdemokratie sehr bald sicher sein.

Es sei noch bemerkt, daß die Versammlung eine halbe Stunde von der Stadt auf einem Dorfe abgehalten werden sollte. Der dortige Bürgermeister wollte uns weig machen, die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung stände ganz in seinem Belieben, auch einem Vogelpieler könne er ja verbieten, zu spielen. Natürlich machten wir dem Herrn Bürgermeister, unter Hinweis auf das Vereinsgesetz, den Standpunkt gehörig klar. — Der Hersfelder Bürger in dieser Erklärung Wolff gegenüber, d. h. solange er Bürgermeister sei, er einer Gesellschaft, die den Staat umwälzen wolle, ein städtisches Lokal zur Abhaltung von Volksversammlungen nicht hergeben werde. Philipp Dals.

**Leipzig.** Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 60 des „Volkstaat“ wird in einer Berliner Correspondenz unter Anderem (wenn auch nicht bestimmt) gesagt, ich gedächte der Eisenacher Partei an, was wohl unter dem Worte „uns“ kann anders zu verstehen ist. Ich möchte dies dahin berichtigen, daß ich wohl im Allgemeinen der sozial-demokratischen Partei angehöre, aber durch die Eisenach, welche ich während meiner referirten Stellung gewonnen, das Bedürfnis noch nicht erfüllt habe, mich jener Fraktion anzuschließen. Auch würde ich in Zukunft, so lange die Arbeiter dulden, daß ihre Organe als Zummelpfad persönlicher Geschäftigkeiten (zum Gaudium unserer Gegner und zur noch tieferen Kapitalisirung der Arbeiter selbst) benutzt werden, und wegen anderer, noch andauernder Verhältnisse, mich zu keiner der bestehenden Fraktionen bekennen, obwohl ich auch in dieser passiven Stellung mein Bestreben als Sozial-Demokrat im Allgemeinen nicht vergessen werde. Ergebenst Ihr E. Beyold.

**Leipzig.** Wie aus einer in Nr. 25 des „Sprechsaal“, des Organs der Porzellanarbeiter, enthaltene Erwiderung des Vorsitzenden des Gewerksvereins der Gold- u. Silberarbeiter, Ferd. Bilschowsky, zu entnehmen ist, schuldete Herr Dr. Hirsch geräumtem Gewerksvereine 1000 Thlr., die er während des Waldenburger Strikes von demselben entliehen hatte. Aus der Erwiderung ist auch zu entnehmen, daß Dr. Hirsch die Rück-

Zahlung der 1000 Thlr. nicht nur verweigert, sondern daß nach ihm „der Gewerksverein der Goldarbeiter noch bezahlen müsse, wenn ausgeglichen würde“. Diese wirklich starke Zumuthung veranlaßt, nach dem „Spruchsaal“, Hr. Bischoff zu folgender sehr gerechtfertigten Aeußerung:

„Die katholischen Kirchenjuden sind uns nicht so gefährlich wie die Arbeiterjuden; diese sind es, die die Arbeiter mit Schiedsgerichts- und Einigungschwebel, mit Vaterlandsbuß und Adressenheftchen-weise von ihren heiligsten Interessen ableiten, sie gegen ihre Standesgenossen aufheben; für diese Einzelnen nur habe ich ein „Plai“.“

Auch der Berliner Buchdrucker-Gewerksverein hatte Hr. Bischoff zur Unterstützung der Waldenburger Bergarbeiter 500 Thlr. als Darlehen überwiesen. Aber — wir müßten denn sehr irren — auch er wartet noch auf Restituirung dieser Summe.

**Leipzig.** Herr Hasenleuer, der gleich unfähige wie gesinnungslose Kumpan des Herrn von Schweizer hat auf unsere neuen Artikel gegen ihn nicht mit Einer Silbe geantwortet. Der Name hat das nicht nötig; weis er sich doch im Reich des „Vertrauens“ der Mitglieder des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, die ihn bei der jüngst stattgehabten Präsidentenwahl mit 4087 gegen 24 Stimmen, wiederum an die Spitze der Partei gestellt haben. (Hamburg-Harburg gab 58 weiße Zettel und 52 Stimmen für Herrn von Schweizer ab). Die Abstimmungsliste wirt übrigens ein wenig Licht auf die bekannten Ausschneidereien des „Neuen“. In Zschopau, wo sich Herr Hasenleuer zu Anfang dieses Jahres einen außerordentlich großartigen Empfang bereiten und mit Schimmel durch die Stadt ziehen ließ — siehe Nr. 12 des „Volksstaat“ — wurden im Ganzen 11, ganz elf Stimmen abgegeben. — Herr Hasenleuer prahlt, daß er „grade durch seine Pflichterfüllung“ sich „den Haß der Gegner erworben“ habe, den er „mit Stolz und Freude trage“. Was sich der Mann nicht Alles einbildet! Um „gehaßt“ zu werden, ist er denn doch zu unbedeutend — ein Gefühl der Verachtung hat man höchstens für ihn. Lege man z. B. nachstehende Stelle aus einem seiner Briefe an Heinrich Vogel, d. d. Halber, 20. April 68: „Der Kladderadatsch giebt Schweizer einen nachträglichen Stich; Schweizer ist so blutlos, daß er denselben wohl nicht verfehlt.“ Und doch ist Herr Hasenleuer 4 Jahre lang für diesen „blutlosen“ — alias abgebrühten — Menschen ins Feuer gegangen!

**Leipzig.** Töcke in London. Wir erhalten folgende Zischrift: „Hr. Redakteur! Sie dürfen mir's nicht übernehmen, ich kann aber nicht umhin, Ihnen zu sagen, daß Sie die Bedeutung der Gastrolen, die Töcke's Knüppel soeben in London gegeben hat und noch zu geben beabsichtigt, doch etwas zu unterschätzen scheinen, sonst würden Sie das Ereignis nicht so kurz abgeurteilt haben. Denn ein Ereignis ist es. Bedenken Sie doch nur: Töcke's Knüppel, dieses unerwähnte Mittel zur Lösung der sozialen Frage, war bisher, gleich seinem kaiserlichen Zwillingknüppel, ausschließlich Monopol des bismarckbegnadeten Denterwoites, und kein Funke des göttlichen Feuers ward von ihm dem Auge nichtdeutscher Menschen entlockt, ob sie nun Italiener sich nennen oder Franzosen, oder Engländer oder meinewegens Botofuden. Das ist nun ganz anders geworden. Wie einst der Gott Israels sich der übrigen Jünger erbarnte und ihnen den ersten Vorgeschmack des Internationalen Prinzip gab, so hat Töcke's Knüppel ein menschliches Können verspürt und sich entschlossen, sein Licht unter dem nationalen Scheffel hervorzuheben und es international leuchten zu lassen über die so lange in Nacht gehüllte nichtdeutsche Menschheit. Daß er sich das nammerwachte England zum ersten Versuchsfeld seiner internationalen Thätigkeit ausgesuchen hat, zeugt von seinem Instinkt und wollen wir bloß wünschen, daß die Englischen Arbeiter, die leider zumeist die rohe Vorstufe erkennen, die philanthropischen Absichten des „Knüppels auf Reisen“ nicht mit brutalen Faust durchkreuzen. Eine Tracht Englischer Prügel wäre ein schwerer Schlag für den internationalen Töcke und daß Töcke international geworden, hat ihm nun einmal mein Herz gemauert — trotz alledem und alledem. Und wenn Sie's auch ärgert. Ich bin eben ein „Küder Internationaler“ oder „Internationaler Küder“, wie's Ihnen am besten gefällt.“

**Leipzig.** Die Glasergewerkschaften Leipzig sind gezwungen worden, die Arbeit einzustellen; sie ersuchen ihre Kollegen allerorts, dafür zu sorgen, daß der Zuzug von Leipzig ferngehalten wird. Briefe sind zu richten an das Comité der streikenden Glaser, Gerberstr. 56 Glaserherberge, Restauration Rogitz.

**Crimmitschau.** Am Sonntag, d. 16. und Montag, d. 17. Juni, feierten die Parteigenossen von Crimmitschau ein Volksfest mit Vogelschießen in der 1/2 Stunde von hier romantisch gelegenen Markt Sahnau. Obgleich wir kein Freund von derartigen, viel Lärm und wenig Genuß versprechenden Festen sind, so möchten wir doch behaupten, daß die Art und Weise, wie jenes arrangirt und ausgeführt war, den besten Eindruck auf uns und wahrheitsgemäß auf die Tausende von Theilnehmern machte; es war dieses Arbeiterfest durchwegs von dem Geist der Eintracht und Brüderlichkeit. Schon der imposante Festzug, zu dem Reerane, Glaucha, Ronneburg, Verdau, Reichena, Crimmitschau u. s. w. ihr Contingent, der erste Ort allein gegen 1000 Theilnehmer, gestellt hatten, mit den 2 roten Fahnen, den Musikchören und Trommeln an der Spitze, mochte wohl jeden Demokraten freudig bewegt stimmen, und Wanden den Gedanken eingeben: „Möchte es doch überall mit der Arbeiterfrage so gut stehen wie hier!“ Man sah, was die Arbeiter leisten können, wenn Einigkeit und Brüderlichkeit die maßgebenden Faktoren sind. Wohl mögen manche von den Herren, welche Ursache haben, die Arbeiterbewegung mit scheelen Blicken zu betrachten, welche nur wollen, daß der Arbeiter eine willenlose Maschine, ein devoter Knecht sein soll, geiztirt haben bei dem Anblick des mehrere Tausend zählenden, durch die Straßen Crimmitschau's sich bewegenden Festzuges; es wird wohl Manchem beim Anblick der roten Fahnen, diesem Symbol der Liebe und Freiheit, und dem Gesang des Arbeiterliedes „Arbeiten leben oder kämpfend sterben“ ein Grußlein angekommen, und wohl unwillkürlich die „Kommune“ in Erinnerung gekommen sein. Was ist es aber auch, was diese Leute, die zum größten Theil vom frühen Morgen bis zum späten Abend an der brausenden Maschine stehen und sich um des Lebens Nothdurft quälen müssen, bewegt, sich mit ihren gleichgestimmten Brüdern und Schwestern zu verbinden, um ein Fest zu feiern? Es ist der Geist der Sozialdemokratie, der diese Massen durchweht, die Idee der Gleichheit und Brüderlichkeit ist es, welche all' diese Arbeiter veranlaßt hat, theilzunehmen an einem Feste, dessen Ertrag bestimmt ist für die leidenden Vorkämpfer der Arbeiterfrage. — Nachdem der Zug nach 1/2 stündigem Marsch auf dem Festplatz angekommen war, begrüßte Herr Stehfest die wohl 1 bis 2000 Menschen zählende Menge, und Freund Kwasniewski hielt eine kurze Ansprache; er betonte, daß die Gäste gekommen seien, um ein Fest zu feiern, welches der Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelte, keines, wie sie in der letzten Zeit so häufig gefeiert worden seien, mit Telegammeln an hohe und höchste Personen, und daß jene Idee unter den Arbeitern, im Gegensatz zu andern Volksklassen, noch nicht erloschen sei, beweise die ungeheure große Theilnahme; es gelte aber auch einen harten Kampf, die Idee zu verwirklichen, und deshalb ermahne er Alle, treu und unerschütterlich auszuharren und der Fahne treu zu bleiben, trotz Verfolgung und Anfeindung; man möge mit Stolz auf die Männer blicken, welche jetzt auf längere Zeit ins Gefängnis gehen müßten, weil sie unerschütterlich geblieben seien im Kampf für Gerechtigkeit und Humanität.

Es entsaltete sich nun ein buntes bewegtes Leben; Seiltänzer, Renagierbester und sonstige Künstler luden die Menge ein, sich an ihren Produktionen zu ergötzen, die Büchsen knallten, um dem an hoher Stange befindlichen Vogel den Garauß zu machen; auch sahen wir manchen redegewandten alten Parteigenossen; nun hätten wir gewünscht, daß das Festcomité für eine Rednertribüne gesorgt hätte, es würde wohl noch manch recht wohl zu beherzigendes Wort gesprochen worden sein, und der rothschneidende deutsche Unterthan vom Crimmitschauer „Anzeiger“ hätte auch noch etwas über die „blutroth“ gehaltenen Reden berichten können.

Zum Schluß wollen wir wünschen, daß es unsern Parteigenossen an andern Orten gelingen möge, derartige Feste zu arrangiren; wir haben in Crimmitschau gesehen, daß deswegen weder der Staat in „Jahr kam, noch Stiere und Truthähne wegen des vielen Noths wild werden.“

**Großenhain,** den 1. Juli. Nach der Bekanntmachung unseres Streite-Comité in Nr. 50 d. Bl. kann es leicht den Anschein gewinnen, als sei die Streikbewegung am hiesigen Plage zwecks vorübergegangen. Daher sieht sich die Richtigkeit der Manufaktur-Gewerkschaft veranlaßt, nachfolgendes berichtend mitzutheilen. Nach

kurzem und theilweise hartnäckigem Kampfe ist eine Lohnerhöhung von 10—15 pCt. bei nachfolgenden Branchen eingetreten: Dalkin-Weberei, Hand- und mechanische Spinnerei; Färberei, Appretur, Vollfortirer haben nur theilweise eine Aufbesserung erhalten; die Uebrigen haben für den alten Lohn angefangen.

Unsere besondern Dank der Hauptassistentenverwaltung in Crimmitschau, sowie unsern Fachgenossen in Kamenz, Stollberg (Arbeiterbildungsverein), den Maschinenfabrikarbeitern von Vennsdorf in Chemnitz für die Unterstützung während des Kampfes.

Noch ist zu bemerken, daß die Kinderarbeit in den Fabriken von der Stadtpolizeibehörde streng überwacht wird, so daß man wohl mit ziemlicher Gewißheit sagen kann, daß Kinder unter zwölf Jahren nicht mehr in den Fabriken beschäftigt sind, wodurch der Lohn der Kinder bedeutend gestiegen ist.

**Breslau.** Auch unter den hiesigen Cigarren-Sortirern hat sich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter in ihren einzelnen Branchen Bahn gebrochen und haben dieselben in Folge dessen eine Kasse gegründet zu dem Zwecke, um für Unterstützung Durchreisender, sowie etwa Gemäßigter Sorge zu tragen. Als Organ der Vereinigung ist der „Volksstaat“ gewählt worden. Wir machen dieses unser Vorhaben allen auswärtigen Kollegen mit der Bitte bekannt, baldmöglichst unserem Beispiele folgen zu wollen. Alle Briefe u. s. sind zu richten an den Vorsitzenden Lederhausen in der Fabrik von Deter und Markus, Friedrich-Wilhelmstraße.

**Langenbielau,** 25. Juni. Am Sonntag fand in dem 1/2 Stunde entfernten Tannenbergl eine von den Mitgliedern der sozial-demokratischen Arb.-Partei berufene Volksversammlung statt, ca. 5—600 Arbeiter waren anwesend und zwar aus Langenbielau, Haben-dorf, Tannenbergl, Weigelsdorf und Sebersau. Der Geist der Versammlung war ein guter, die überwachende Polizei überwand nur mit der größten Schwierigkeit die fortwährend bei ihr aufsteigenden Aufstößgefühle. Nachdem Herr Dehne aus Breslau und der Unterzeichnete über das Massenleben der Arbeiter und die Mittel zu dessen Beseitigung referirt hatten und zwar unter dem alleseitigen Beifall der Versammlung und Herr Weiß, Bevollm. des „Allg. Deutsch. Arbeiter-Vereins“, die Arbeiter vor dem Anschluss an unsere Partei gewarnt, weil wir so sehr „decentralisirt“ seien, während der „Allg. Deutsch. Arb.-Verein“ doch so wunderbar centralisirt sei, zeigten sich 35 Mann in unsere Listen ein. Vorher hatte ich Herrn Weiß allerdings erst auseinandergesetzt, daß trotz unserer „Decentralisation“ es doch nicht möglich sein würde, daß wir uns jahrelang von einem Polizeispion und Regierungsagenten blindlings leiten und regieren lassen. Mitglieder des „Allg. Deutsch. Arb.-Vereins“, wann werdet Ihr endlich einsehen, daß wir Hand in Hand gehen müssen und zwar in einer entwickelungsfähigen Organisation? Aug. Kühn.

**Hamburg.** Was der gebildete Pöbel über den Erfurter Gewerkschafts-Kongreß berichtet, und was selbst solche Zeitungen, die, wie die „Hamburger Nachrichten“, sich zu den besseren und anspruchsvolleren Blättern zählen, ihrem Publikum alles für „Döntjens“ aufbinde, das mag folgende Probe beweisen:

„W. Aus Thüringen, den 24. Juni. Es tagte in den letzten Tagen in Erfurt der sozialistische Congreß der Eisenarbeiterpartei. Ein ungeordnetes Treiben herrschte dabei und ein unbefangener Beobachter konnte leicht bemerken, daß vor Allem die Befriedigung kleinlicher Ehrgeizes und die hohe Eitelkeit die einzelnen Agitatoren leitete, das angebliche Wohl der Arbeiter selbst aber, was sie in ihren steten Phrasen unaufhörlich im Munde führten, ziemlich weit im Hintergrund stand. Dabei griffen sich die verschiedenen Redner selbst auf das heftigste an und es herrschte nichts weniger als Einigkeit unter ihnen. Es waren an 60 Delegationen anwesend, welche angeblich 11.000 Stimmen vertreten sollten. Nach neuesten Debatten, bei denen es ungemein tumultuarisch zugeht, wurde der Beschluß gefaßt, eine allgemeine Vereinigung für sämtliche Arbeitervereine in Deutschland zu gründen, und namentlich darauf hinzuwirken, daß eine große gemeinsame Kasse, aus der die Kosten einer fortwährenden sozialistischen Agitation bestreiten werden könnten, gestiftet würde.“

Verschiedene kleine Streiks von Handwerksgehilfen finden jetzt fortwährend in manchen thüringischen Städten statt. Besonders in Gotha, wo mit der Hauptkraft der Agitation ist, werden fast fortwährend Arbeiterversammlungen ausgeschrieben, die aber selten noch eine besonders rege Theilnahme der Arbeiter finden. Die Hauptleiter der Bewegung in Thüringen sind Agenten, Commissionäre und Inhaber von Bierstuben, dann auch besonders zwei frühere Abschreiber bei Advokaten.“

Wenn wir dazu die Bemerkung machen, daß der ganze Bericht von Anfang bis zu Ende — sehr gelinde gesagt — eine einzige große Lüge ist, so werden uns dies die 52 Delegationen, die anwesend waren, bezeugen können. Wir bezweifeln auch nicht, daß die Pöbel „Nachrichten-Redaktion“ einer Berichtigung Raum gegeben hätte. Allein damit wäre die beabsichtigte Wirkung dieser Notiz durchaus nicht verbunden, indem nicht zu erwarten stand, daß die vielen andern Blätter, die jene Notiz nachdruckten auch der Berichtigung unaufgefordert Raum geben würden. Wir müssen uns also darauf beschränken, die beabsichtigte Wirkung jener infamen Lüge dadurch zu paralysiren, daß wir dieselbe auch in unsern Kreisen, insbesondere aber den betreffenden Delegationen zur allgemeinen Kenntnissnahme bringen. Ein unaussprechlicher Haß, eine auf's höchste gesteigerte Erbitterung gegen die ganze Bande solcher Preßbalancen, die aus der Lüge ein Gewerbe machen, muß endlich sich auch der Herzen Deter bemächtigen, die uns immer noch von Versöhnung sprechen wollen.

Der Wind set, muß Sturm erndten.

**Bekanntmachung.** Herr Drechslermeister Ferdinand August Nebel und Herr Redakteur Adolph Hepner, beiderseitig hier, sind auf Privatanklage des Herrn Redakteur Gottlob Friedrich Härtner ebenda, aus Anlaß eines dem Letzteren mitgetheilten und auch in der Beilage zu Nr. 100 des vorjährigen Volksstaats veröffentlichten Briefes wegen beziehentlich öffentlicher Verleumdung in Gemäßheit § 185 und 186 beziehentlich 73 des Reichsstrafgesetzbuchs zu einer Geldbuße und zwar Herr Nebel von 15 Thlr. Herr Hepner von 12 Thlr. rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit des Antrags des Herrn Privatanklägers hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird. Leipzig, am 1. Juli 1872. Königlich Gerichtsam im Bezirksgericht daselbst, Abtheilung für Strafsachen. Vieker, Kf.

**Für politisch Gemäßigter.** Aus Coblenz von Alberts 2 Thlr.; Beyer 1 Thlr.; Wais jr. 1 Thlr.; Forch 15 Gr.; Kretzger 1 Thlr.; Blas jr. 1 Thlr.; R. R. 1 Thlr.; aus Wilsau von Parteigenossen 1 Thlr. 1 Gr.; V. R. in Königsberg 3 Thlr.; durch G. Weller aus Nürnberg 12 Thlr. 17 Gr. 3 Pf. Exp. d. Volksst.

**Quittung.** Für die politisch Gemäßigten. Erhalten von Hamburg 15 Thlr.; von Großburger Parteigenossen 1 Thlr. 15 Gr.; von Weichselburger Parteigenossen 1 Thlr. Heinrich Badmann, Vorstand.

**Für den „Volksstaat.“** Schuldschein Nr. 355 zu 1 Thlr. v. G. in Leipzig gratis jurid. Exp. d. Volksst.

**Briefkasten** der Expedition: Engelmann in Hamden f. Schrift. 1 Thlr. 23 Gr.; vom Fackler, der Kürschner in Leipzig f. Ann. 19 Gr.; Dertel f. Schrift. 16 Gr.; Müller Colp. f. Abonn. III. Qu. 22 Thlr. 17 Gr.; Holle in Barmen f. Ann. 2 Gr. 5 Pf.; Schneider in München Brief vom 28. vor. Mts. nicht erh.; Mayer in Erfurt f. Schrift. 17 Gr.; D. B. in Dresden für Schrift. 4 Gr.; Hablich f. Abonn. II. Qu. 1 Thlr. 1 Gr. 5 Pf.; Müller in Gausau; nicht senden. G. Bronnenmayer in Göttingen; zur Agitation verwenden. Wolf in Rülben f. Ann. 6 Gr.; Häntzer in Wilsau f. Abonn. II. Qu. 15 Thlr. 22 Gr. f. Ertrabl. 7 1/2 Gr.; Ab. Schiffer in Wilsau f. Abonn. 1 Thlr. 15 Gr. der Redaktion: F. W. Reisinger, G. Solingen, Heidelberg; in nächster Nummer. — W. B. Berlin; ein diesbezüglicher Artikel ist bereits im Sab. — Hamburg; zu spät für diese Nummer.

## Bekanntmachung, die Genossenschaft „Genossenschaftsbuchdruckerei“ zu Leipzig betr.

In der am gestrigen Abend im Saale des „Arbeiterbildungsvereins“ dahier stattgehabten Versammlung hat auf Grund des Beschlusses vom 15. Juni 1868 die Genossenschaft „Genossenschaftsbuchdruckerei“ sich konstituir, und sind zur Geschäftsleitung provisorisch, d. h. auf die Dauer von längstens drei Monaten nach erfolgter Eintragung der Genossenschaft gewählt worden:

a) in den Vorstand:  
H. Kamm, Vorsitzender, F. Fischer, dessen Stellvertreter, Ch. Hablich, Kassier.

b) in den Aufsichtsrath:  
B. Ulrich, K. Seiffert, A. Hepner, Joh. Michel, E. Gabriel.

Leipzig, den 4. Juli 1872.  
Der Vorstand:  
H. Kamm, Vors., F. Fischer, Stelle, Ch. Hablich, Kassier.

**Für Leipzig.**  
**Internationale Metallarbeiter-Gesellschaft.**  
Metallearbeiter-Versammlung.  
Montag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr in der Restauration zur Rischinsel, Marienstr. Nr. 9. — Tagesordnung: Der Lokalwechsel. Sämmtliche Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen. — Aufnahme neuer Mitglieder.

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
**Erdentliche Generalversammlung.**  
Dienstag, Abends 8 Uhr im Leipziger Saal.  
Tagesordnung: Bericht des Kassiers. Wahl des gesammten Ausschusses. Der Strife der Glaser. Die fehlenden Mitglieder werden auf die nach § 25 eintretende Strafe aufmerksam gemacht.

**Für Leipzig.**  
**Sektion der Böttcher.**  
Versammlung Sonnabend den 6. Juli, Abends 8 Uhr in der Restauration von Hirschold Gemanbghäusen Nr. 4, 1 Treppe.

**Für Ronneburg.**  
**Generalversammlung der Internationalen Gewerkschaften.**  
Montag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr, im Schützenhaus. — Tagesordnung: Reuewahl sämtlicher Vorstandsmitglieder.  
Karl Schmidt, Controlant.

(2) 2  
**Göttingen.**  
Nächsten Sonntag Abend, Zusammenkunft bei Bayer, Scheer'sche Villa.

**Für Bremen.**  
Das Versammlungslocal der hiesigen Parteigenossen befindet sich bei Gastwirth Wilsch, Reddermann Begeende 8, woselbst auch durchreisende Parteigenossen gute und freundliche Aufnahme finden. Auch sind Briefe und Zuschriften an mich ebendahin zu adressiren.  
Karl Kühn, früher in Braunschweig.

**Für Hamburg.**  
**Sozial-demokratischer Arbeiterverein.**  
Versammlung am Montag, 8. Juli, Abends 9 Uhr, in Oberbahn's Klublocal, Zeughausmarkt 31. — Tagesordnung: 1. Sozial-polit. Wochenbericht, Ref. Peter. 2. Kleinbürgerthum und Arbeiterstand, Ref. Müller.  
Gäste haben Zutritt. August Weid.

**Für Breslau.**  
**Arbeiterverein „Gefelligkeit.“**  
Sonntag, den 7. d. M. in günstiger Bitterung gemeinschaftlicher Spaziergang mit Damen nach Burg Belvedere vor dem Nikolaitor Nachmittags 3 Uhr. Von dort aus kann ein weiterer Ausflug unternommen werden. Bei ungünstigem Wetter geistliche Zusammenkunft in Klose's Restauration (früher Schwente) Marienstr. Um zahlreiche Theilnahme bittet der Vorstand.

**Für Breslau.**  
**Sozial-demokratische Arbeiterpartei.**  
Montag, den 8. d. M. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in Klose's Restauration (früher Schwente) Marienstr. — Tagesordnung: „Der moderne Jevitismus“ Vortrag von W. Reiser. Diskussion, Fragelassen u. Um zahlreiche Theilnahme ersucht H. Dehne.

**Für Schuhmacher!**  
Der Arbeitsnachweis der Gehäusen ist in Dresden Palmstr. Nr. 20 täglich von 10 bis 12 Uhr. Solide Weberbergung ist Werbergasse Nr. 2 bei Herrn Taggefell. (6) 1  
Meinen Mühsaligen zur Nachricht, daß ich durch mehrentwöhnliche Krankheit und Verdienstlosigkeit verhindert war, meinen Verpflichtungen nachzukommen; ich werde dies thun, sobald ich wieder arbeiten kann.  
F. S. Simon.

**Filialexpedition Zwickau.**  
Diejenigen, welche noch auf den „Volksstaat“ für dieses Quartal bei mir Bestellungen aufgeben wollen, ersuche ich, es sofort zu thun, indem ich Monatsabonnements nicht annehmen kann.  
Dagauer.

**Für Grimma.**  
Herrn Cigarrenarbeiter Welfe, Webergasse Nr. 38 in Grimma wurde für Grimma und Umgegend eine  
**Filialexpedition**  
übertragen.  
Bei demselben kann für Quartal und Monat auf den „Volksstaat“ abonniert wie auch durch denselben alle sozialistischen Schriften bezogen werden.  
Die Expedition des „Volksstaat“.

**Bekanntmachung.**  
Herrn Cigarrenarbeiter Karl Fischer in Kleinziechler Nr. 87 ist für Kleinziechler, Großziechler und Schlenzig die  
**Filialexpedition**  
übertragen worden.  
Derselbe nimmt Quartal- und Monats-Abonnements auf den „Volksstaat“ entgegen und können auch einzelne Nummern dort gekauft werden.  
Die Expedition des „Volksstaat“.

**Für Stuttgart, Göttingen, Magdeburg, Schwab. Gmünd.**  
Den geehrten Lesern des „Volksstaat“ wie den Parteigenossen zur Nachricht, daß für nachstehende Orte Filialexpeditionen errichtet worden sind.  
Für Stuttgart bei Hrn. Heber, Schuhmacher, Gutenbergstr. 31.3 Tr.  
Für Göttingen bei Hrn. Gg. Bronnenmayer.  
Für Magdeburg bei Hrn. Wilsch, Feldstr. 17. in Budau.  
Für Schwab. Gmünd bei Hrn. Hg. Wilhelm, Freudenthal Nr. 801.  
Genannte Filialexpeditionen nehmen Quartals- und Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ sowie Bestellungen auf alle in unserer Beilage erscheinenden sozialistischen Schriften entgegen.  
Leipzig, 25. Juni 1872.  
Die Expedition des „Volksstaat“.

**Au die Leser des „Volksstaat“ in Leipzig und Umgegend.**  
Unser Colporteur Müller ist angewiesen, die Abonnements-Beiträge pränumerando zu erheben, sowohl für das Quartal (15 Gr.) wie für den Monat (4 1/2 Gr.) Wer bis 15. Juli. event. zu Mitte eines Monats nicht bezahlt hat, kann das Blatt nicht weiter erhalten. Die noch vom 11. Quartal restirenden Beträge wollen man gef. sofort einrichten.  
Die Exped. des „Volksstaat“.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Wutz; Redaktion u. Expedition Hofstr. 4; Druck u. Verlag v. F. Ebel.